

Antrag

**der Abgeordneten Kai Voet van Vormizeele, Dr. Friederike Föcking,
Birgit Stöver, Dennis Gladiator, Hans-Detlef Roock, Karl-Heinz Warnholz (CDU)
und Fraktion**

zu Drs. 20/9120

Betr.: Flüchtlingen helfen – soziale Balance in Hamburgs Stadtteilen bewahren

Derzeit steht die Freie und Hansestadt Hamburg vor der Herausforderung, eine wachsende Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen unterzubringen. Der Senat reagiert auf diese Herausforderung bislang vielfach mit Lösungen, die eher lokalen Zufällen geschuldet als dauerhaft sachgerecht sind. Dies führt zu regionalen Ungleichgewichten der Verteilung der öffentlichen Unterbringung und gefährdet dadurch das soziale Gleichgewicht vor Ort ebenso wie die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern des jeweiligen Umfeldes.

Ziel muss es sein, einerseits den Asylsuchenden und Flüchtlingen einen menschenwürdigen Aufenthalt in Hamburg im Rahmen der bestehenden Gesetze zu ermöglichen, dabei aber gleichzeitig die Belange der jeweiligen Nachbarschaft zu beachten und nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen. Nur so kann ein friedliches Miteinander von Flüchtlingen und Anwohnern vor Ort gesichert werden. Schnellverfahren unter Minderung der Rechte der Bezirksversammlungen sind hingegen kontraproduktiv.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht, bei der Auswahl von Standorten für eine Unterbringung im Rahmen der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) sowie bei der nachfolgenden öffentlich-rechtlichen Unterbringung folgende Kriterien zu berücksichtigen:

1. Anstelle von wenigen Großunterkünften sind mehr kleinere Unterkünfte zu schaffen;
2. es ist für eine angemessene Verteilung der Unterkünfte im gesamten Hamburger Stadtgebiet Sorge zu tragen;
3. es ist eine frühzeitige und umfassende Information der betroffenen Anwohner durchzuführen;
4. die Bezirksversammlungen sind frühzeitig an der Auswahl und Entscheidungsfindung zu beteiligen;
5. es ist ein situationsangepasster Betreuungsschlüssel des pädagogischen Personals sicherzustellen, der sowohl den besonderen Belastungen der Flüchtlinge als auch der sozialverträglichen Integration der Unterkünfte in die Stadtteile gerecht wird. Dabei ist auch ausreichend Fachpersonal zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Abend- und Nachtstunden vorzusehen.